



Grenzenlose Gewalt

Wir sehen in den letzten Jahren gewaltsame Push-Backs, Millionen für Überwachungstechnologien und keine Rücksicht auf Menschenrechte. Ein EUropa, das bewusst Gewalt an seinen Grenzen generiert.

Von Michael Mayböck

Ein Mitgliedsland der *Europäischen Union* legalisiert Push-Backs bei „illegaler“ Grenzüberschreitung und ignoriert die Pflicht zur Bearbeitung von Asylanträgen. Das Ganze scheinlegitimiert durch ein Gesetz, das nicht nur EU-Recht negiert, sondern ganz offen mit Prinzipien von Menschen-, Asyl- und Völkerrecht bricht.

Verzweifelte und geschwächte Menschen werden von Grenzbeamt*innen eines Mitgliedslandes der *Europäischen Union* auf sadistische Art und Weise über eine der EU-Außengrenzen zurückgeprügelt. Das Ganze festgehalten auf einem Video durch einen internationalen Journalismus-Einsatz.

Erst Anfang Februar erfroren 19 Menschen in der Türkei nahe der griechischen Grenze, nachdem sie laut türkischen Berichten aus Griechenland und damit aus der EU illegal zurückgedrängt wurden. Insgesamt 22 Geflüchtete sollen ohne Kleidung und ohne Schuhe aus EU-Territorium zurückgeschickt worden sein. Leider handelt es sich dabei nicht um einen tragischen Einzelfall.

Gewalt gegen geflüchtete Menschen hat System. Es ist ein System, das die Mehrheit von uns stützt. Jede*r Bürger*in der *Europäischen Union*, der*die sich nicht gegen jene Gewalt an den Grenzen ausspricht, toleriert dieses System, legitimiert es und ermöglicht diesen Zustand einer inakzeptablen Normalität.

Die genannten Beispiele von systematisierter Gewalt und Unmenschlichkeit zeigen unter vielen weiteren eines besonders einprägsam: Selbst wenn sie es zumindest für Tage oder Wochen in die Schlagzeilen vieler relevanter Medien schaffen, nimmt wie beim Brand von Moria oder insbeson-

push back

dere beim ununterbrochenen Sterben im Mittelmeer die fortschreitende Zeit sowie die zu große Entfernung dem Tragischen die grauenhafte Intensität.

Sehr schnell wird von Politiker*innen nicht nach Ursachen, geschweige denn nach Lösungen gesucht, sondern einzig und allein, wem man die Schuld an der Tragödie zuschieben kann. Die einzige Scheinlösung, die man in europäischer Geschlossenheit seit Jahren in zunehmender Skrupellosigkeit verfolgt: Abschottung. Um jeden Preis.

Eines wurde dabei sehr schnell klar: Zur Legitimation der schon auf den ersten Blick grausam wirkenden Abschreckungspolitik, muss etwas konstruiert werden, das angeblich zu dieser Abschreckung berechtigt. Ein Mensch, der sich aus Verzweiflung, Perspektivlosigkeit oder Verfolgung für die Flucht entscheidet, taugt dazu auf den ersten Blick auf keinen Fall. Aber der Trick liegt im richtigen Wording: So seien es keine Menschen, sondern Gefährder*innen, Wirtschaftsflüchtlinge oder mittlerweile sogar im Fall von Belarus „menschliche Waffen“.

Jedoch sind es keine Waffen gegen die Europa Krieg führt, es sind Menschen.

Ein Europa ohne Grenzen, auf denen es nicht zu Gewalt kommt ...

Insbesondere an den EU-Außengrenzen, die nicht nur zwischen Griechenland und der Türkei, geschweige denn irgendwo im Mittelmeer liegen, sondern auch zwischen Kroatien und Bosnien, Belarus und Polen, Serbien und Ungarn oder auch in Ceuta oder auf den Kanaren.

Das *Border Violence Monitoring Network (BVMN)* dokumentiert monatlich auch die zahlreichen Vorfälle der illegalen Zwangsrückführungen oder Kettenabschiebungen entlang der Länder in Südosteuropa, des Balkans, aber auch vermehrt in Slo-

wenien, Italien und sogar Österreich. Die Initiative *Push-Back Alarm Austria* untersucht gemeinsam mit der *asylkoordination österreich* zahlreiche Verdachtsfälle an der

„Aus dem geschilderten Verfahrensablauf (...) kommt das Gericht zum Schluss, dass Push-Backs in Österreich teilweise methodisch Anwendung finden.“ (Landesverwaltungsgericht Steiermark, Juli 2021)

österreichischen Südgrenze und im September konnte auch bereits ein Fall gerichtlich bestätigt werden.

Der neue traurige Hotspot für Geflüchtete und ein Hauptzielort für Kettenabschiebungen aus EU-Staaten befindet sich mittlerweile schon länger in Bosnien und Herzegowina. In dem vor kurzem veröffentlichten Bericht von *BVMN* zur Situation innerhalb Bosniens ist unter anderem dokumentiert, dass es im zweiten Halbjahr 2021 regelmäßig zu gewalttätigen und menschenverachtenden Zwangsräumungen durch die bosnische Polizei kam, wenn sich Geflüchtete und Migrant*innen dazu entschieden, in verlassenen Gebäuden oder in den Wäldern im Norden des Landes zu campieren.

Der Ablauf dieser Zwangsräumungen hat ebenfalls System. Die Menschen werden sehr früh aus dem Schlaf gerissen, gezwungen schnell das Nötigste in einen Rucksack zu packen und das Hinterbliebene wird von der Polizei zerstört, verbrannt oder gestohlen. Anschließend folgt der Transport in das abgelegene und von der

EU, mit besonderer Unterstützung Österreichs und Deutschlands, finanzierte „Camp Lipa“, welches Stacheldrahtzaun, immense Freiheitseinschränkungen und fehlende Perspektiven für die Menschen bereithält.

„Diese Berichte über Menschen, die an unserer Außengrenze Opfer von Gewalt werden, sind erschütternd. Und natürlich, wenn das wahr ist, ist das völlig inakzeptabel.“

(EU-Innenkommissarin Johansson, Okt. 2021)

Auch in den anderen Nicht-EU-Staaten wie Serbien, Bulgarien, Montenegro, Albanien oder Nordmazedonien ist das Fortbewegen für die Betroffenen täglich ein würdeloses Versteckspiel vor der Polizei und dem Militär. In der Regel handelt es sich hier um ein geplantes Vorgehen in Abspra-

„Wer in die Augen der Kinder sieht, die wir in den Flüchtlingslagern getroffen haben, wird sofort den ganzen Bankrott der Menschlichkeit erkennen. So ist das Mittelmeer zu einem Friedhof geworden, und nicht nur das Mittelmeer ... so viele Friedhöfe entlang der Mauern, der mit unschuldigem Blut befleckten Mauern.“ (Papst Franziskus, April 2016)

che mit Ländern der Europäischen Union, um Geldfluss und Beitrittsoptionen weiter zu erhöhen.

Ein systematisches Beispiel einer solchen Kooperation in Form einer illegalen Massen-Kettenabschiebung dokumentierte *BVMN* erst Ende November, als insgesamt 120 Menschen unter Zwang und Gewalt von der bulgarischen Grenzpolizei erst misshandelt und bestohlen wurden, bevor sie anschließend an Griechenland übergeben wurden, wo die Menschen schlussendlich illegalerweise mit Booten über den Grenzfluss Evros in die Türkei zurückgeschoben wurden.

Grenznähe bedeutet entlang der gesamten Balkanroute für Menschen auf der Flucht immer eines: Hohe Gefahr, Gewalt zu erfahren.

Ein Europa, das sich gegen unbewaffnete Menschen rüstet ...

Worin investieren, um das Asyl- und Migrationssystem der *Europäischen Union* zu verbessern? Drohnen, Sensoren, Kameras, überwachte Hochsicherheitsanlagen, moderne Abschreckungs- und Abschottungstechnologien.

Das ist jedenfalls der Weg, für den sich die EU entschieden hat. Die neuste Investition betrifft den Grenzschutz zwischen Polen und Belarus, für den mal so eben 110 Millionen Euro ausgegeben wurden. Die britische Tageszeitung *The Guardian* nahm das zum Anlass, sich die EU-Investitionen in die in Brüssel bestens vernetzten Militär- und Technologieunternehmen genauer anzusehen.

Zur Überwachung von Migrationsbewegungen werden mittlerweile an vielen Grenzen der EU Drohnen zur Luftraumüberwachung eingesetzt. Auch Österreich brüstet sich an der Südgrenze schon längere Zeit damit. Die jedoch wirklich großen

push back

und teuren Drohnenprojekte der *Europäischen Union* wurden bereits ausgiebig in den besetzten palästinensischen Gebieten von den israelischen Hersteller*innen getestet und helfen heute im Mittelmeer dabei, sogenannte Pull-Backs durch die libysche Küstenwache zu ermöglichen, um Geflüchtete in die überfüllten und menschenunwürdigen Aufnahmezentren Nordafrikas zurückzubringen. Moderne Sensoren- und Kamertechnologien werden sowohl an den neuen Grenzbefestigungen in Polen, Griechenland, Ungarn oder Litauen zum Einsatz kommen als auch die EU-Binnengrenzen anfälliger für Festnahmen und mögliche illegale Rückführungen machen.

All das halte die Menschen nicht davon ab, die Grenze zu überqueren, meint der ehemalige *BVMN*-Mitarbeiter Jack Sapoch gegenüber dem *Guardian*. Es führe nur dazu, dass sie riskantere Wege nehmen werden. Auch die illegalen Schlepper*innen seien nicht das entscheidende Problem, auch wenn es darunter hochkriminelle Banden gebe, sondern die Tatsache, dass die legalen Wege versperrt sind.

Wie die Festung Europa in der Praxis aussieht, müssen Schutzsuchende an vielen Orten Europas erleben: neue griechische Hochsicherheitsanlagen für Geflüchtete, überfüllte Abschiebezentren voll mit Menschen ohne anständige Gerichtsverhandlung, meterhohe Mauern an europäischen Grenzen sowie die teils desaströsen Flüchtlingslager in Griechenland oder Bosnien.

Die Liste der noch vor einem Jahrzehnt auf europäischem Boden unvorstellbaren Entwicklungen lässt sich beschämend lange fortsetzen. Menschen erleben jeden Tag Gewalt, ertrinken, erfrieren oder kämpfen in Lagern gegen Hunger, Depression und Verzweiflung. Ein hässlicher Kampf ohne Perspektive, ohne Zukunft.

„Die Befestigung der Grenzen erhöht nur die Risiken, denen die Menschen beim Überqueren ausgesetzt sind. Das bedeutet auch, dass sie auf Schmuggler*innen angewiesen sind, von denen sie häufig ausgebeutet werden.“ (Hope Barker, *BVMN* Griechenland, Sept. 2021)

Die neusten politischen Entwicklungen und Entscheidungen geben keinen Grund zur Hoffnung. Österreichs Innenminister Karner arbeitet hingegen munter an einer Allianz, die eine Verfestigung der bestehenden Verhältnisse der Menschenfeindlichkeit vorantreiben will und sich jeglichen Veränderungen weg von einer restlosen Abschottung Europas vollkommen verschließt.

Es handelt sich dabei nicht um eine in sich logische Politik, die überhaupt im Geringsten auf eine gemeinsame oder menschliche Lösung abzielt. Vielmehr tritt durch all diese in jedem Sinne paradoxen Fehlentwicklungen eines zum Vorschein: Die Politik in Europa hat sich treiben lassen. Sie hat sich hetzen lassen. Von einer aufkeimenden rein auf Macht abzielenden Minderheit an Rechtspopulist*innen, Nationalist*innen und konservativen Trittbrettfahrer*innen mit autoritären Tendenzen.

In den meisten Ländern Europas sind diese Kräfte aber gar nicht an der Macht. Es regieren andere. Und trotzdem ändert sich nichts an der Situation für Geflüchtete.